



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Finanzausschuss	10.11.2008	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Finanzstatus und Entwicklung wesentlicher Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie der Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2008

Der Oberbürgermeister hat vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise den Stadtkämmerer beauftragt, zur Sitzung des Finanzausschusses am 10.11.2008 einen Finanzstatus abzugeben.

Basis hierfür ist zum einen die aktuelle Entwicklung des Haushaltes 2008, darüber hinaus sind auch die möglichen Auswirkungen der Finanzkrise in die Betrachtung mit einzubeziehen:

Entwicklung des Haushaltes 2008 – regelmäßige Berichterstattung an den Finanzausschuss:

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Haushaltsermächtigung zum Stand 21.10.2008 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende. Die Haushaltsermächtigung berücksichtigt neben dem Haushaltsansatz 2008 auch evtl. aus 2007 zusätzlich bereitgestellte Haushaltsermächtigung, alle bis zu dem o. a. Zeitpunkt verfügbaren außer- bzw. überplanmäßigen Ausgaben sowie die Änderungen durch Deckungsfähigkeiten.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden grundsätzlich nur Abweichungen ab einer Größenordnung von 0,5 Mio. Euro berücksichtigt.

Gewerbesteuer

Das Anordnungssoll für Vorauszahlungen und Nachforderungen liegt per 29.10.2008 bei rd. 1.038,6 Mio. Euro. Damit ist der Hpl.-Ansatz zum Stichtag bereits um 8,6 Mio. Euro überschritten.

Beim Gewerbesteueraufkommen muss zwischen den Vorauszahlungen, diese geben die aktuelle wirtschaftliche Lage wieder, und den Nachforderungen für Vorjahre unterschieden werden. Erwartete Absetzungen bzw. Berichtigungen infolge der vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Reform der Unternehmenssteuer ab dem Erhebungszeitraum 2008 sind im Anordnungssoll der **Vorauszahlungen** 2008 bislang noch nicht erkennbar. Bis zum Stichtag 29.10.2008 wurden 779,1 Mio. Euro (103,9%) zum Soll gestellt. Die bis September noch günstige konjunkturelle Entwicklung hat aus hiesiger Sicht die ursprünglich erwarteten Ertragsausfälle kompensiert und letztlich zu einer Erhöhung der Bemessungsgrundlagen und damit zu der positiven Entwicklung bei den Gewerbesteuererträgen geführt. Derzeit sind noch keine unmittelbaren Auswirkungen aus der aktuellen Finanzkrise zu erkennen. Diese werden erst für das Jahr 2009 erwartet.

Die **Nachforderungen aus Vorjahren** betreffen die Erhebungszeiträume bis 2007 - hierbei insbesondere die letzten sechs Jahre. Das Anordnungssoll dieses Teilansatzes (259,5 Mio. Euro (92,7%) zum Stichtag 29.10.2008) entwickelt sich nach dem langjährigen Durchschnitt gerade in der zweiten Jahreshälfte positiver. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich – unabhängig von den üblicherweise stattfindenden Schwankungen – das Haushaltssoll zumindest in Höhe des Haushaltsansatzes stabilisieren wird. Unabhängig hiervon ist auf die steuerspezifischen Risiken hinzuweisen. Ein erheblicher Sollabgang bei einem Großsteuerzahler kann die vorliegende Prognose drastisch verschlechtern.

derzeitige Mehrerträge: rd. 8,6 Mio. Euro

Gewerbesteuerumlagen

Die Gewerbesteuerumlagen werden nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen bei der Gewerbesteuer erhoben. Derzeit lässt sich keine fundierte Prognose abgeben, es ist jedoch aufgrund der aktuellen Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens von keiner wesentlichen Veränderung auszugehen.

Veränderung: rd. 0,0 Mio. Euro

Grundsteuer

Im Bereich der Grundsteuer B liegt das Anordnungssoll per 24.10.2008 bei rd. 197,7 Mio. Euro und damit rd. 2,3 Mio. Euro unter der Veranschlagung. Bis Jahresende werden voraussichtlich noch Sollzugänge von 1,3 Mio. Euro kassenwirksam, so dass die Grundsteuererträge um rd. 1,0 Mio. Euro unter den Erwartungen bleiben werden.

Wenigererträge: rd. 1,0 Mio. Euro

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Einkommensteueranteil für das Haushaltsjahr 2008 wurde auf Basis des Vorjahres und den Ergebnissen der Steuerschätzung im Mai 2008 prognostiziert. Zwischenzeitlich ist die Zahlung für das 3. Quartal 2008 bekannt, welche gleichzeitig auch als Abschlag für das 4. Quartal gezahlt wird. Aufgrund dieser Daten ist derzeit von einer Verschlechterung von rd. 16,8 Mio. Euro auszugehen. Diese Verschlechterung wird jedoch reduziert, dass – im Gegensatz zur kameralen Haushaltsführung – die aus der Spitzabrechnung für das Haushaltsjahr 2008 resultierenden Erträge, die Anfang 2009 gezahlt werden, noch ergebniswirksam in 2008 berücksichtigt werden. Die durchschnittliche Nachzahlung aufgrund der Spitzabrechnung der vergangenen Jahre liegt bei rd. 12,7 Mio. Euro.

derzeitige Wenigererträge: 16,8 Mio. Euro

Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil (Kompensation)
 Gemäß Festsetzungsbescheid beträgt die Kompensationsleistung in 2008 rd. 34,4 Mio. Euro. Das bedeutet eine Verschlechterung von rd. 0,5 Mio. Euro.
 Wenigererträge: rd. 0,5 Mio. Euro

Sonstige Vergnügungssteuer

Es besteht zum Stichtag 23.10.2008 noch eine erhebliche Abweichung des aktuellen Anordnungsolls im Vergleich zum Ansatz. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass die überwiegende Anzahl der Veranlagungsfälle „Gewinnspielgeräte“ wegen weiterer Satzungsänderungen infolge neuer verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen für die Erhebungszeiträume 2006 – 2008 noch nicht durchgeführt werden konnte. Die zuletzt erfolgte Satzungsänderung (4. Änderungssatzung) ist erst am 26.03.2008 in Kraft getreten; erst danach konnte damit begonnen werden, die für die Veranlagung erforderlichen Besteuerungsgrundlagen bei den Steuerpflichtigen zu ermitteln.
 Derzeit konnten 7,7 Mio. Euro im Bereich der Geldspielautomaten für die Jahre 2006, 2007 und 2008 (1. bis 3. Quartal) zum Soll gestellt werden. Weitere Sollstellungen im Hj. 2008 von bis zu 5,0 Mio. EUR sind zu erwarten. Insgesamt ergibt sich jedoch eine Verschlechterung von ca. 3,1 Mio. Euro.

Verschlechterung: rd. 3,1 Mio. Euro

Zweitwohnungssteuer

Bei den Erträgen aus der Zweitwohnungssteuer ist mit Ausfällen von rd. 1,4 Mio. Euro zu rechnen. Ursächlich hierfür ist eine Vielzahl von Korrekturen der Bemessungsgrundlage zur Zweitwohnungssteuer bzw. Korrekturen der Meldedaten, so dass der Großteil der erhobenen Forderungen aus Vorjahren wieder abgesetzt werden muss. Die neuen Veranlagungsfälle des Jahres 2008 können diese erheblichen negativen Sollveränderungen nicht kompensieren.

Wenigererträge: rd. 1,4 Mio. Euro

Personalausgaben

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personalaufwendungen voraussichtlich mit einer Verbesserung in Höhe von ca. 16,0 Mio. Euro (bzw. ca. 22,0 Mio. Euro ohne Berücksichtigung der Mehrstellen 2008) abschließen. Allerdings wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die geplanten Aufwendungen für die Zuführungen zu den Personalarückstellungen sowie deren Inanspruchnahme auf dem Stand 31.12.2006 basieren. Diese werden derzeit im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz neu berechnet und führen voraussichtlich zu höheren Aufwendungen, die momentan noch nicht quantifizierbar sind.

Verbesserung: rd. 16,0 (22,0) Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich werden sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen Verbesserungen gegenüber der Planung erwartet.

Bei den Erträgen zeichnet sich insgesamt eine Verbesserung von ca. 9,4 Mio. Euro ab. Hauptsächlich ist dies darauf zurückzuführen, dass ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung zurückgezogen wurde, welcher die Reduzierung der Bundeserstattung an der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII vorsah. Da die negativen Auswirkungen dieses Entwurfs in der Haushaltsplanung berücksichtigt waren, ergeben sich für diese Hilfeart voraussichtlich Mehrerträge von rd. 5,9 Mio. Euro. Des Weiteren ergeben sich durch die Aufarbeitung von Rückständen und der hiermit verbundenen Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen im Rahmen der Hilfen zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII Mehrerträge in Höhe von ca. 1,8 Mio. Euro. Mit den Mehr-

aufwendungen (s.u.) im Bereich der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII gehen Mehrerträge i.H.v. rd. 4,3 Mio. Euro durch entsprechend höhere Erstattungen des LVR einher. Im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen werden durch forcierte Unterhaltsrückstandsbearbeitung Mehrerträge i.H.v. ca. 1,7 Mio. Euro erwartet.

Dem gegenüber stehen Wenigererträge in Höhe von ca. 0,9 Mio. Euro für die Sicherung des Lebensunterhalts von besonderen Personenkreisen (Wegfall der Aufgabe Kriegsopferfürsorge, diese wird seit dem 01.01.2008 durch den LVR wahrgenommen) sowie weitere Wenigererträge in Höhe von rd. 3,5 Mio. Euro für die Leistungen zum Lebensunterhalt. Darüber hinaus ergeben sich kleinere Ertragsabweichungen bei verschiedenen Positionen.

Bei den Aufwendungen wird per Saldo eine Verbesserung von rd. 14,5 Mio. Euro prognostiziert. Diese ergibt sich u.a. durch Wenigeraufwendungen von ca. 1,4 Mio. Euro im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB II, geringere Aufwendungen von rd. 1,9 Mio. Euro im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem 6. Kapitel SGB XII und durch eine Verbesserung von ca. 4,0 Mio. Euro bei den Hilfen nach dem AsylbLG aufgrund geringerer Fallzahlen. Zudem ergeben sich Wenigeraufwendungen i.H.v. 1,1 Mio. Euro im Bereich der Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach dem 9. Kapitel SGB XII und Wenigeraufwendungen von 0,7 Mio. Euro durch den Wegfall der Aufgabe Kriegsopferfürsorge (s.o.). Weitere Verbesserungen von rd. 5,3 Mio. Euro ergeben sich bei den einmaligen Leistungen nach SGB II. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Hilfeempfänger in den vergangenen Monaten kontinuierlich gesunken ist und zum anderen wird ein Teil der Leistungen als Darlehen gewährt und wirkt sich insofern Ergebnis verbessernd aus. Darüber hinaus ergeben sich bei der Hilfe zur Gesundheit voraussichtlich Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 2,5 Mio. Euro aufgrund der gesunkenen Anzahl von Leistungsberechtigten. Auch ist durch den Belegungsvertrag mit der GAG aus dem Jahr 2000 nun mit Wenigeraufwendungen i.H.v. voraussichtlich 2,9 Mio. Euro für den Bereich Wohnraumsicherung und -versorgung zu rechnen. Darüber hinaus bestehen weitere geringfügige Verbesserungen.

Mehraufwendungen in Höhe von 5,6 Mio. Euro werden trotz stabiler Fallzahlen aufgrund höherer Pflegesätze und geringeren Eigenmitteln der Klienten bei den Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII prognostiziert.

Verbesserung: rd. 23,9 Mio. Euro

Kinder und Jugend

Im Bereich Kinder-, Jugend und Familienhilfe zeichnet sich insgesamt eine Verschlechterung von ca. 1,5 Mio. Euro ab. Die Zuweisungen für laufende Zwecke werden voraussichtlich um ca. 2,0 Mio. Euro unter der Planung bleiben, da beim Land zusätzliche Plätze für die Betreuung U3 angemeldet, jedoch bisher nur teilweise bewilligt wurden. Weiterhin wurde von einer 45 Std./Wochen-Belegung bei den Hortplätzen ausgegangen, jedoch erfolgte seitens des Landes nur eine Bewilligung für 35 Std./Wochen-Belegung. Im übrigen Jugendhilfebereich (Wirtschaftliche Erziehungshilfe) sind Wenigererträge von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Kostenersatzleistungen zu erwarten. Dem gegenüber stehen Mehrerträge von rd. 0,3 Mio. Euro im Bereich Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtungen bei den Benutzungsgebühren/Entgelten, was auf eine überdurchschnittliche Auslastung insbesondere in den Aufnahmegruppen zurückzuführen ist.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung werden voraussichtlich ca. 0,7 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben, was durch eine restriktive Haushaltsführung zu begründen ist.

Verschlechterung: ca. 1,5 Mio. Euro

Schule und Bildung

Verzögerungen bei der Umsetzung von Baumaßnahmen durch die Gebäudewirtschaft, deren Kosten durch Mietaufwendungen aus dem Schulbudget refinanziert werden, ergeben bei den Mieten voraussichtlich Wenigeraufwendungen von rd. 8,7 Mio. Euro.

Wenigeraufwendungen: rd. 8,7 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Die Volkshochschule prognostiziert Wenigererträge von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Leistungsentgelten. Die bisherige Nachfrage zeigt, dass die geplante Steigerung der Teilnehmerentgelte nicht in vollem Umfang realisiert werden kann. Bei den allgemeinen Zuweisungen vom Bund zeichnet sich eine Verbesserung von 0,6 Mio. ab, welche im Wesentlichen auf die intensiven und erfolgreichen Bemühungen um die Akquisition zusätzlicher Qualifizierungsprojekte wie auch auf den weiter zugenommenen Umfang an Integrationskursen zurückzuführen ist.

Verbesserung: rd. 0,1 Mio. Euro

Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen

Der Bereich prognostiziert per Saldo eine Verbesserung in Höhe von ca. 0,5 Mio. Euro. Diese Verbesserung hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen werden voraussichtlich rd. 1,1 Mio. Euro weniger für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung benötigt als geplant, da bereits in 2007 eine große Anzahl der SAN-Komponenten beschafft wurden und aufgrund neuer Vertragskonditionen für die nächsten drei Jahre keine Wartungskosten anfallen. Dem gegenüber stehen jedoch Mehraufwendungen für Leasing von rd. 0,4 Mio. Euro.

Zusätzlich werden Mehraufwendungen für sonstige Dienstleistungen in Höhe von 1,2 Mio. Euro erwartet, da durch krankheitsbedingte und sonstige Ausfälle sowie die verzögerte Besetzung von Stellen ein höherer Einsatz von externen Kräften erforderlich ist. Dem gegenüber stehen geringere Personalaufwendungen von rd. 1,0 Mio. Euro. Da diese Unterschreitung bereits in der allgemeinen Darstellung zu den Personalaufwendungen berücksichtigt wurde, ergibt sich rechnerisch die ausgewiesene Verschlechterung.

Verschlechterung: rd. 0,5 Mio. Euro

Rechts- und Versicherungsleistungen

Aufgrund einer geringeren Anzahl von Schadensfällen wird sich voraussichtlich eine Verbesserung in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro bei den Ersatzleistungen ergeben.

Wenigeraufwendungen: rd. 1,5 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Durch die Verschiebung bei der Beauftragung von Gutachten und Schlusssdokumentationen verschiedener Sanierungsmaßnahmen sowie die zeitliche Verzögerung von Einzelprojekten bei der Struktur- und Technologieförderung und der räumliche Stadtentwicklung bleiben die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen voraussichtlich rd. 1,2 Mio. Euro unter der Planung. Die Zuschüsse an übrige Bereiche werden nach derzeitiger Einschätzung rd. 2,0 Mio. Euro geringer ausfallen als geplant, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass der eingeplante Zuschuss an die DB für die Erschließung der Bahnsteige Deutz nach erneuter Prüfung aus der investiven Finanzrechnung ausgezahlt wird und somit nicht ergebniswirksam ist.

Wenigeraufwendung: ca. 3,2 Mio. Euro

Öffentliche Ordnung

Im Bereich der allgemeinen öffentlichen Ordnung werden die Verwarnungs- und Bußgelder voraussichtlich mit Mehrerträgen von insgesamt rd. 1,0 Mio. Euro abschließen. Dies ist

insbesondere auf den hohen Anzeigeneingang von der Polizei bei der Bußgeldstelle zurückzuführen. Weiterhin ergeben sich Mehrerträge durch die verstärkte Erstattung von Be-stattungskosten durch die Kostenpflichtigen.

Mehrerträge: rd. 1,0 Mio. Euro

Denkmalpflege

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt werden in 2008 nicht in geplantem Umfang benötigt. Die Umsetzung der Maßnahme wird hauptsächlich in 2009 ff erfolgen, so dass sich in 2008 Wenigeraufwendungen beim städt. Eigenanteil von rd. 0,7 Mio. Euro ergeben. Seitens der Fachdienststelle ist beabsichtigt eine entsprechende Ermächtigungsübertragung zu beantragen.

Wenigeraufwendungen: rd. 0,7 Mio. Euro

Feuerwehr

Nach derzeitiger Einschätzung werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aufgrund der übergangsweisen Stationierung des Rettungshubschraubers am Flughafen Köln/Bonn um rd. 0,6 Mio. Euro über der Kalkulation liegen.

Mehraufwendungen: rd. 0,6 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Der Bereich prognostiziert Mehrerträge bei den Sondernutzungsgebühren in Höhe von ca. 0,6 Mio. Euro, was auf eine erhöhte Bautätigkeit zurückgeführt werden kann.

Die Aufwendungen des Amtes werden insgesamt voraussichtlich rd. 5,3 Mio. Euro unter der Planung liegen. Ursächlich hierfür ist die zeitlich verzögerte Umsetzung bei Maßnahmen im Bereich Unterhaltung Infrastruktur, was zu Wenigeraufwendungen in Höhe von 4,1 Mio. Euro führt. Des Weiteren werden die geplanten Aufwendungen für Reinigung nicht in voller Höhe benötigt, wodurch sich eine Verbesserung von rd. 0,6 Mio. Euro ergibt. Darüber hinaus werden Erstattungen (Ablösebeträge an die DB) in Höhe von 0,9 Mio. Euro erst im nächsten Jahr von der DB abgerufen und die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen werden aufgrund der geringeren Vergabe von Planungsleistungen um rd. 0,6 Mio. Euro unter der Planung liegen. Insgesamt ist seitens der Fachdienststelle beabsichtigt, eine Übertragung der Aufwandsermächtigungen zu beantragen.

Dem gegenüber werden die Aufwendungen für Zinsen für zurückzuzahlende Zuweisungen die Planung um rd. 0,9 Mio. Euro übersteigen.

Verbesserung: rd. 5,9 Mio. Euro

Parkeinrichtungen

Die bis Jahresende prognostizierten Erträge aus Parkgebühren liegen ca. 1,4 Mio. Euro über der Planung. Diese positive Entwicklung ist auf getroffene Maßnahmen zur Aufbruchprävention bei den Parkscheinautomaten, den Austausch von Altgeräten und eine verstärkte Verkehrsüberwachung zurückzuführen.

Mehrerträge: rd. 1,4 Mio. Euro

Abfallbeseitigung und Verwertung

Mit der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH wurde aufgrund der guten Entwicklung und der gestiegenen Ablagerungsentgelte vereinbart, dass der Betriebskostenzuschuss eingestellt wird. Hieraus ergibt sich ein Wenigeraufwand von rd. 1,1 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden voraussichtlich ca. 0,9 Mio. Euro unter der Planung bleiben.

Wenigeraufwendungen: rd. 2,0 Mio. Euro

Stadtplanung

Aufgrund von zeitlich verzögerten oder nicht realisierten Planungsmaßnahmen ergeben sich voraussichtlich Wenigeraufwendungen für sonstige Dienstleistungen von ca. 0,6 Mio. Euro.

Wenigeraufwendungen: rd. 0,6 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken und für die Unterhaltung der Rheinbrücken werden voraussichtlich mit insgesamt rd. 3,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekt Rheinbrücken und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahme sowie ähnlicher Probleme für die Ertüchtigung der Kölner Rheintunnel.

Im Bereich Unterhaltung der Stadtbahnanlagen zeichnen sich Minderaufwendungen von ca. 2,0 Mio. Euro ab.

Wenigeraufwendungen: rd. 5,0 Mio. Euro

Schuldendienst

Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 2,2 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung ist dadurch zu begründen, dass weniger Kassenkredite als erwartet aufgenommen wurden.

Wenigeraufwendungen: ca. 2,2 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Für die Stadt Köln besteht die Verpflichtung zum Ausgleich der Verluste der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB nach Ablauf von 5 Jahren. Das positive Ergebnis aus 2007 reduziert den vorgetragenen Verlust aus 2002, so dass in 2008 ein um rd. 0,6 Mio. Euro geringerer Aufwand für die Verlustabdeckung erforderlich wird.

Wenigeraufwendungen: ca. 0,6 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

	<i>in Mio. Euro</i> Verbesserung (+) / Ver- schlechterung (-)
Gewerbesteuer	+ 8,6
Grundsteuer	- 1,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	- 16,8
Kompensationsleistung	- 0,5
Sonst. Vergnügungssteuer	- 3,1
Zweitwohnungssteuer	- 1,4
Personalausgaben	+ 16,0
Sozialbereich	+ 23,9
Kinder und Jugend	- 1,5
Schule und Bildung	+ 8,7
Kultur und Wissenschaft	+ 0,1
Rechenzentrum	- 0,5
Rechts- und Versicherungsleistungen	+ 1,5
Stadtentwicklung	+ 3,2
Öffentliche Ordnung	+ 1,0
Denkmalpflege	+ 0,7
Feuerwehr	- 0,6
Verkehrsflächen und -anlagen	+ 5,9
Parkeinrichtungen	+ 1,4
Abfallbeseitigung und Verwertung	+ 2,0
Stadtplanung	+ 0,6
Stadtbahn, Brücken und Tunnel	+ 5,0
Schuldendienst	+ 2,2
Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	+ 0,6
Insgesamt:	+ 56,0

Die o. a. Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen schließt insgesamt mit einer Verbesserung von rd. 56,0 Mio. Euro ab. Sie basiert hauptsächlich auf der positiven Entwicklung bei der Gewerbesteuer, im Sozialbereich und aus der derzeit prognostizierten Unterschreitung der Personalaufwendungen, welche - wie bereits dargestellt - noch nicht gesichert ist. Insgesamt kann bei den dargestellten Verbesserungen aus Weniger-aufwendungen und Mehrerträgen nicht ausgeschlossen werden, dass die Werte bis Jahresende noch nach unten korrigiert werden müssen.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen größere Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert.

Zentrale Vergabe

Die zur Beschaffung eines Vergabemanagementsystems eingeplanten Mittel werden aufgrund von Verzögerungen bei der Beschaffung der Softwarelizenzen für diese Anwendung

in 2008 nicht abfließen.

Wenigerauszahlungen: ca. 0,6 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich die Maßnahmen „Dacherneuerung S-Bahn Chorweiler Nord“ (ca. 1,8 Mio. Euro) und „Stadtsanierung Porz-Finkenbergr“ (ca. 0,7 Mio. Euro) ins nächste Haushaltsjahr verschieben.

Wenigerauszahlungen: ca. 2,5 Mio. Euro

Abfallbeseitigung und Verwertung

Bei der Baumaßnahme Mülldeponie Vereinigte Ville werden voraussichtlich ca. 5,5 Mio. Euro weniger abfließen als geplant. Dies ist zum einen mit Verschiebungen im Zeit-Maßnahmen-Plan zu begründen. Des Weitern wird davon ausgegangen, dass die Maßnahme insgesamt günstiger wird, als ursprünglich geplant.

Wenigerauszahlungen: ca. 5,5 Mio. Euro

Öffentliches Grün

Entsprechend des beschlossenen „Fahrzeug und Maschinenkonzepts Teilbereich Grünunterhaltung“ entsteht voraussichtlich eine Mehrauszahlung von 1,5 Mio. Euro.

Mehrauszahlungen: rd. 1,5 Mio. Euro

Erschließung

Längere Verfahrensdauern aufgrund durchzuführender Anhörungen führen in 2008 zu einer geringeren Anzahl von Veranlagungen. Infolge dessen werden sich die Einzahlungen für Erschließungsbeiträge voraussichtlich um rd. 1,1 Mio. Euro reduzieren. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine zeitliche Verschiebung.

Wenigereinzahlungen: rd. 1,1 Mio. Euro

Liegenschaften

Die Umsetzung der Generalsanierung des Eisenmarkts verschiebt sich in das Jahr 2009. Aus diesem Grund wird es zu Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,4 Mio. Euro kommen. Darüber hinaus werden geplante Umlegungsmaßnahmen aufgrund von eingelegten Widersprüchen im laufenden Jahr nicht mehr realisiert. Dies hat Weniger-auszahlungen in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro zur Folge. Darüber hinaus wird es voraussichtlich bis Jahresende zu Abweichungen bei dem Erwerb/der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden kommen. Die Höhe dieser Abweichungen lässt sicher derzeit jedoch nicht beziffern.

Wenigerauszahlungen: rd. 2,6 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung

Die für das Win-Win Programm zusätzlich bereitgestellten Mittel werden überwiegend in 2009 zur Auszahlung kommen, da erst im Oktober die Projektplanung beschlossen wurde. Seitens der Fachdienststelle ist beabsichtigt, eine Ermächtigungsübertragung in Höhe der in 2008 nicht abgeflossenen Mittel zu beantragen.

Wenigerauszahlungen: rd. 0,9 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Entgegen der Planung werden sich die Maßnahmen „Haltestelle Deutz-Messe – Einbau von Aufzügen“ (Auszahlung 1,8 Mio. Euro, Zuschuss 1,2 Mio. Euro) und „Beschleunigungsmaßnahme L12“ (Auszahlung 1,9 Mio. Euro, Zuschuss 0,6 Mio. Euro) ins nächste Haushaltsjahr verschieben.

Verbesserung: rd. 1,9 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. Dies lässt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer verifizieren, da derzeit nicht abzusehen ist, welche Einzelmaßnahmen noch in 2008 ausgeschrieben und submittiert werden. Insgesamt werden die Auszahlungen jedoch unter der Planung liegen. Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zurückliegen.

Grundsätzlich ist im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich also de facto nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Einschätzung der weiteren Entwicklung des Haushalts im Jahr 2009 unter Berücksichtigung der Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise:

Wie bereits aus der vorstehenden Auflistung ersichtlich, ist die Haushaltsentwicklung zu großen Teilen von der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens abhängig. Um eine erste Einschätzung über mögliche Veränderungen bei den Vorauszahlungen zu erhalten, hat die Verwaltung die von der Finanzkrise am stärksten betroffenen Bereiche Banken, Versicherungen, Finanzdienstleister und Immobilienunternehmen, deren Gewerbesteuer Vorauszahlungen in einem der Veranlagungsjahre 2007, 2008 oder 2009 (Erwartung) mehr als 500.000 Euro betrug/beträgt, sowie weitere Firmen, deren Gewerbesteuersoll in einem der drei Erhebungszeiträume mit mehr als 2,5 Mio. Euro festgesetzt war / ist, einer separaten Betrachtung unterzogen. Hierzu wurden in einem dreistufigen Verfahren Informationen eingeholt: Beim zuständigen Betriebsfinanzamt wurde zunächst angefragt, ob dort bereits entsprechende Anträge auf Reduzierung des Vorauszahlungssolls vorliegen bzw. ob mit Anpassungen in Form von berichtigten Grundlagenbescheiden zu rechnen ist. Bei Firmen mit einem auswärtigen Hauptsitz wurde außerdem bei der Gewerbesteuerabteilung der jeweiligen Kommune angefragt, inwieweit dort schon derartige Informationen vorliegen. Weitere Auskünfte wurden letztlich auch bei den betroffenen Firmen selbst eingeholt. Die so gewonnenen Feststellungen lassen selbstverständlich nur bedingt Rückschlüsse auf die möglichen Auswirkungen für die anderen Steuerpflichtigen zu.

Als vorläufiges Ergebnis ist festzuhalten, dass die derzeitige Bankenkrise zu einer zusätzlichen (d. h. über die bislang bereits vollzogenen Minderungen hinausgehenden) Absetzung bezüglich der Erhebungszeiträume 2007 – 2009 von bis zu 61 Mio. Euro führen könnte. Die mindernden Berichtigungen werden aller Voraussicht nach frühestens im ersten Quartal 2009 erfolgen.

Ob sich das Gewerbesteueraufkommen jedoch tatsächlich in dem vorgenannten Umfang reduzieren wird, bleibt abzuwarten. Insbesondere vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung beabsichtigten Konjunkturprogramms könnte sich die Wirtschaft in 2009 durchaus wieder stabilisieren.

Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind derzeit nicht erkennbar. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt sind aus hiesiger Sicht zumindest kurzfristig keine größeren Ausfälle zu erwarten.

Wie sich die Ausgabensituation im kommenden Haushaltsjahr entwickeln wird, kann derzeit noch nicht mit ausreichender Sicherheit beurteilt werden. Die Aufwendungen für die sozialen Leistungen des Jahres 2009 wurden unter Fortschreibung der Ansätze des aktuellen Jahres 2008 ermittelt. Wie bereits im o. a. Bericht über die Haushaltsentwicklung 2008 dargestellt, zeichnen sich im Sozialbereich derzeit Verbesserungen von über 20 Mio. Euro ab, die – eine gleiche Entwicklung unterstellt – in 2009 noch leicht steigen dürften. Sofern sich in 2009 jedoch zusätzliche Aufwendungen ergeben, ist hier noch entsprechender finanzieller Spielraum vorhanden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Finanzkrise auf den Jahresabschluss 2008 nach derzeitigen Erkenntnissen voraussichtlich nicht auswirken wird.

Es zeichnet sich für 2009 ab, dass die Gewerbesteuererträge durch Vorauszahlungsanpassungen vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation geringer ausfallen können als bisher geplant. In welchem Umfang dies erfolgen wird, bleibt abzuwarten.

Die Verwaltung wird die Haushaltsentwicklung auch weiterhin kritisch beobachten und – sofern erforderlich – entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen.